



Kubanische Staatsbürger werden in einem Flugzeug der ecuadorianischen Luftwaffe nach Kuba gebracht (Quelle: [Cibercuba](#))

Quito/Havana.
Insgesamt 121 Kubaner, die sich illegal in Ecuador aufgehalten haben, sind von der ecuadorianischen Luftwaffe in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden in den vergangenen zwei Wochen nach Kuba zurückgebracht worden.

Wie das Innenministerium bekannt gab, konnten die kubanischen Migranten ihren Aufenthalt in Ecuador „rechtlich nicht rechtfertigen“ und seien somit in Übereinstimmung mit internationalen Gesetzen auf geordnete Weise in ihr Heimatland zurückgeführt worden.

Die Kubaner hielten sich seit Monaten in provisorisch errichteten Siedlungen in einem Park der ecuadorianischen Hauptstadt Quito auf. Am 6. Juli kündigten die Behörden des südamerikanischen Landes die Überprüfung ihres Aufenthaltsstatus' an.

Vergangenen November versuchten mehrere tausend Kubaner über Ecuador auf dem Landweg in die USA zu gelangen, wo ihnen aufgrund der „Wet-feet-dry-feet“-Politik eine

Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis garantiert würde. Auf ihrem Weg in die USA gerieten viele in die Fänge von Menschenhändlern.

Nachdem Nicaragua seine Grenze für die Auswanderer aus Kuba geschlossen hatte, blieb die Situation für die meisten unklar, bis Costa Rica im September tausenden die Überführung nach El Salvador ermöglichte. Von dort aus konnten sie über Mexiko in die USA gelangen. Andere strandeten in Ecuador mit unklarem Aufenthaltsstatus. Seit Dezember müssen kubanische Staatsbürger wieder ein Touristenvisum für 90 Tage beantragen, wenn sie sich in Ecuador aufhalten wollen. Diese Visa-Pflicht war 2008 abgeschafft worden.

In einer Presseerklärung des kubanische Außenministeriums heißt es, die Rückführung der kubanischen Bürger „erfolgte unter voller Erfüllung der Gesetzgebung beider Länder und der für solche Situationen gültigen internationalen Normen, mit dem Hauptziel, eine geordnete, reguläre und sichere Migration zu garantieren“. Gleichzeitig werden auch die Anreize kritisiert, welche die US-Migrationspolitik vorsieht, um Kubaner zu oftmals gefährlichen Reisen über den See- und Landweg zu ermutigen. „Die Regierung der USA und ihre in den letzten Jahrzehnten ausgeführte Migrationspolitik tragen die Verantwortung für die Situation, die mit den irregulären kubanischen Migranten in der Region geschaffen wurde.“

Ecuadors Präsident Rafael Correa betonte in seiner samstäglichen Fernsehsendung, in der er Rechenschaft über die Regierungsführung ablegt, die Menschenrechte der Kubaner würden bei der Rückführung strikt gewahrt. Alle seien im Land willkommen, die dort wohnen wollten. „Wir hier glauben an menschliche Mobilität, an die universelle Bürgerschaft, aber wir werden nicht als Ort für den Menschenhandel dienen, wir werden uns nicht in ein Land für Schleuser verwandeln. Wir sorgen dafür, dass Ecuador respektiert wird“, so Correa.

von Marcel Kunzmann / [Amerika21](#)

Teilen: